FORUM MIGRATION

Informationen zur Migrations-, Integrations- und Antidiskriminierungspolitik ethnischer Minderheiten_März/2000

Nr. 6

DGB ZU PERSONALRATSWAHLEN

Stimmrecht für alle

Bei den Personalratswahlen haben alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aktives und passives Wahlrecht. Anders als bei Parlamentswahlen können also auch alle Ausländer und Ausländerinnen wählen. Der DGB ruft auf, dieses demokratische Recht auch wahrzunehmen.

Zwischen dem 2. März und 31. Mai finden in den Betrieben des öffentlichen Dienstes – soweit sie unter das Bundespersonalvertretungsgesetz fallen – Personalratswahlen statt. Die Aufgaben, die anstehen, umreißt der DGB in einem Wahlaufruf so: „Sichere Arbeitsbedingungen, insbesondere Beschäftigungs- und Einkommenssicherung, Sicherung qualifikationsgerechter Arbeitsinhalte sowie Schaffung von Zumutbarkeitskriterien bei einem modernisierungsbedingten Arbeitsplatzwechsel, müssen erstritten werden."

Der DGB verweist auch auf eine Besonderheit bei Wahlen im Betrieb: „Auch die ausländischen Beschäftigten haben bei den Personalratswahlen ein uneingeschränktes aktives und passives Wahlrecht." Das unterscheidet sich deutlich von den Wahlen zu den Parlamenten. Hier haben lediglich bei den Kommunalwahlen und bei den Wahlen zum Europaparlament Unionsbürger Stimmrecht. Da demokratische Rechte nur dann lebendig sind, wenn sie auch wahrgenommen werden, ruft der DGB alle ausländischen Kolleginnen und Kollegen auf, sich an der Personalratswahl zu beteiligen. Die Wahrnehmung des Wahlrechts ist auch ein Signal für den Willen, die Zukunft in den Betrieben gemeinsam zu gestalten. Am effektivsten geht das natürlich, wenn alle Beschäftigten nicht nur wählen, sondern ihre Stimme für die Kandidaten der DGB-Gewerkschaften abgeben.

Inhalt

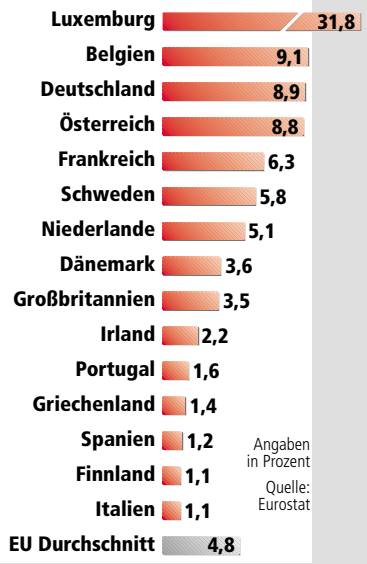
SEITE 2
- EU-Freizügigkeitsausschuss
- Migrationsbericht 1999

SEITE 3
- Neujahrsempfang
- Aktiv gegen Rechts

SEITE 4
- Imigration in die USA
  Prof. Dr. Philip Martin
  (Universität Davis, Kalifornien, USA)

Zahlenwerk

Anteile der Ausländer an der Wohnbevölkerung in der EU



EUMC

Erster Jahresbericht

Die „Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" (EUMC) hat Ende 1999 ihren ersten Jahresbericht veröffentlicht. Darin wird darauf verwiesen, dass den Politikern in Europa eine klare politische Botschaft für das Zusammenleben in einer von vielen Kulturen geprägten Gesellschaft fehle. Dadurch entsteht ein politisches und soziales Vakuum, das rechte Parteien ausgefüllt haben und weiter ausfüllen.

Der Bericht besteht aus zwei Teilen. Der erste behandelt die Aufbauphase von EUMC, der zweite Teil stellt die aktuelle Situation dar und analysiert die Hintergründe.

Der Jahresbericht ist im Internet unter www.eumc.at zu finden. Eine Printfassung kann per E-Mail bestellt werden: media@eumc.at

KONTAKTSTUDIUM

Interkulturelle Kompetenz

Am 7. April beginnt an der Universität Oldenburg ein 18-monatiges berufsbegleitendes Kontaktstudium zum Thema „Interkulturelle Kompetenz". Veranstalter sind das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung und das Institut für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen.

Die Weiterbildung umfasst acht zweitägige Schwerpunktseminare und ein Abschlusskolloquium. Abitur oder Hochschulabschluss sind nicht notwendig. Bewerberinnen und Bewerber sollten in ihrem beruflichen Alltag mit Ausländern zu tun haben – das kann ebenso ein Betriebsrat sein wie ein Polizist, der in einem Kiez, in dem auch Ausländer wohnen, Streife geht oder eine Lehrern oder Verkäuferin oder...
Anmeldung: möglichst schnell.

Informationen bei:
Carl von Ossietzky Universität, Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung, Frau Waltraut Dröge, Postfach, 26111 Oldenburg
Tel. 0441/798-4422 oder 798-3737, Fax 0441/798-4411

FREIZÜGIGKEITSAUSSCHUSS

Barrieren abbauen

Freizügigkeit in der Europäischen Union war und ist eines der zentralen Elemente für das Zusammenwachsen. Das Recht, nicht nur als Besucher oder Tourist in ein anderes Land der EU zu gehen, sondern auch als Arbeitnehmer dort zu arbeiten, gibt es schon sehr lange, nämlich seit 1968. Es wurde mehrfach verbessert.

Seit 1968 gibt es auch den Beratenden Ausschuss für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Er – wie der Name sagt – berät die Kommission bei Fragen, die sich aus der Freizügigkeit ergeben. Damit die verschiedenen Interessen und Sichtweisen einfließen, ist der Ausschuss paritätisch mit je zwei Vertretern der Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeber der Mitgliedsländer besetzt. Die deutschen Gewerkschaftsvertreter, die im letzten Dezember für die nächsten zwei Jahre ernannt wurden, sind Leo Monz und Burkhard von Seggern. Die anfänglichen Fragen wie Aufenthaltsrecht – etwa nach Beendigung einer Beschäftigung – sind inzwischen gelöst. Heute geht es eher darum, Hemmnisse abzubauen, die einzelne Arbeitnehmer daran hindern, in ein anderes Land zu gehen. Ein Thema dabei: Wo steht die Arbeit des Netzwerkes EURES und wie kann sie weiter verbessert werden.

Im Rahmen von EURES informieren und unterstützen Berater jene Arbeitnehmer, die in ein anderes Land gehen wollen und auch Unternehmen, die Arbeitnehmer europaweit suchen. Ein anderes aktuelles Arbeitsfeld ist Freizügigkeit im Hinblick auf die EU-Erweiterung und was das für den Arbeitsmarkt bedeutet.

Zentrale strukturelle Probleme bei der Freizügigkeit ergeben sich aus den Unterschieden der nationalen Sozialsysteme. Sie müssen koordiniert werden. Deshalb haben die Sozialpartner gefordert, den Freizügigkeitsausschuss mit einem entsprechenden Ausschuss im Bereich der sozialen Sicherheit zusammenzulegen. Das wird in absehbarer Zeit umgesetzt werden.

MIGRATIONSBERICHT 1999

Fakten für die Diskussion

Ende Dezember 1999 erschien der „Migrationsbericht 1999 – Zu- und Abwanderung nach und aus Deutschland". Verfasst wurde die Studie im Auftrag der Bundesausländerbeauftragten, die auch als Herausgeberin fungiert.

In der deutschen Migrationsgeschichte, die in der zweiten Hälfte der 50-er Jahre begann, gab es nur drei kurze Perioden (1967, 1975/77 und 1982/84), in denen mehr Menschen aus Deutschland fort- als zugezogen sind. Insgesamt sind von 1959 bis 1998 knapp 30 Millionen Menschen nach Deutschland gezogen, über 21 Millionen haben es verlassen. Die Differenz – der Wanderungssaldo – weist ein Plus von, 8,75 Millionen Menschen aus.

Der größte Teil der Migration – rund 80 Prozent – betrifft heute ausländische Staatsbürger. Bei ihnen war der Wanderungssaldo in den Jahren 1997 und 1998 erstmals negativ, das heißt: mehr Ausländer haben Deutschland verlassen als hergezogen sind. Dahinter steht vor allem die Rückkehr von Kriegsflüchtlingen.

Generell lassen die Zahlen das Migrationsgeschehen höher erscheinen als es tatsächlich ist. Grund ist die Art der statistischen Erhebung. Es werden nicht Menschen gezählt, sondern „Fälle", Zu- und Fortzüge. Damit zählt eine Studentin, die für einige Zeit im Ausland studiert ebenso als Fortzug wie ein Auswanderer. Kommt Ein Saisonarbeiter, der nach drei Monaten Deutschland wieder verlassen muss, ist bei der Ankunft ein Zuwanderungsfall und wenn er in seine Heimat zurückkehrt, ein Fortzug.

Im Vergleich zum Beginn der verstärkten Migration in Deutschland ist eine deutliche Veränderung der Herkunftsländer zu beobachten und vor allem eine Diversifizierung. Die fünf häufigsten Herkunftsländer bzw. -regionen zwischen 1993 und 1998 waren die EU (18%), Türkei (6%), Russland (8%), Polen (9%), Ex-Jugoslawien (13%). 46 Prozent kommen damit aus anderen als diesen fünf Regionen.

Die Debatte um eine moderne Migrationspolitik sollte – so die Ausländerbeauftragte in ihrem Vorwort zu der Studie – sachlich auf der Basis von Daten und Fakten geführt werden. Das liefert die Studie.

Migrationsbericht 1999 – Zu- und Abwanderung nach und aus Deutschland
Bezug: Büro der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen. Fax: 0228/5272760

Notiert

AKTUELLE SEMINARE

Im März und April finden folgende Seminare des Referats Migration statt:
Sozialpolitik und Migration. 12. bis 15. März, DGB-Bildungszentrum Niederpöcking.
Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. 19. bis 24. März, ÖTV-Bildungsstätte Berlin-Wannsee.
Arbeitsmarkt – Flüchtlinge und Asylbewerber als Arbeitnehmer/-innen. 17. bis 19. April DGB-Bildungszentrum Hamburg-Sasel.
Festung Europa – Perspektiven einer Asyl- und Migrationspolitik. 9. bis 14. April, Bildungszentrum der IG Medien, Springen.

Informationen und Anmeldung:
anna.tastsoglou@bundesvorstand.dgb.de
oder Tel. 0211/43 01-141.
Wer das gesamte Bildungsprogramm 2000 noch nicht hat, kann es bestellen bei:
toennes satz + druck gmbh, Postfach 3262, 40682 Erkrath
Fax: 0211/9 20 08-38
E-Mail: toennes-satzdruck@uumail.de

IN EIGENER SACHE

*Letzter Aufruf: **Forum Migration** wird ab dem 1. April 2000 nur noch an Einzeladressen versandt (und zwar als Einzelexemplare) und nicht mehr über die DGB-Kreise verteilt. Wer **Forum Migration** weiter oder neu beziehen möchte (auch diejenigen, die sich bislang auf das Verteilen verlassen haben), muss aktiv werden und bestellen unter: DGB-Bundesvorstand , Postfach 11 03 72, 10833 Berlin 0211/43 01-134 (Fax) migration@bundesvorstand.dgb.de (E-Mail)*

AKTIV GEGEN RECHTS

Für die Demokratie Courage zeigen

Wer ein Synonym für Fremdenfeindlichkeit in den neuen Ländern suchte, benutzte die sächsischen Städtenamen Hoyerswerda oder Wurzen. Die örtliche Neonaziszene hatte von diesen zwei Orten aus in der Vergangenheit immer wieder versucht, sich nach Sachsen und darüber hinaus in die ganze Republik auszubreiten.

Die ersten, die öffentlich dagegen aufstanden, waren die Senioren der IG Metall, die, wie andernorts auch, ein landesweites „Bündnis gegen Rechts" ins Leben riefen und mit ihren Erfahrungen aus der Zeit vor 1945 gegen rechte Parolen argumentierten. Den „wehrhaften Demokraten", wie sie sich selbst nannten, genügte nicht, „nur" zu protestieren oder Gegendemos zu unterstützen. Sie wollten langfristige Konzepte entwickeln und umsetzen. Aber nicht allein.

Junge Kolleginnen und Kollegen der DGB-Jugend Sachsen entwickelten ein Konzept für Projektschultage, die sie „Für Demokratie Courage zeigen" nannten. Auf die verschiedenen Altersgruppen zugeschnitten, versuchen sie, präventiv zu arbeiten. Nicht erst, wenn Jugendliche bereits rechten Demagogen auf den Leim gegangen sind und dort ihren „Heimatersatz" gesucht haben, wollen sie mit Gegenmaßnahmen ansetzen. Lange vorher sollen gezielte, altersspezifische Themenangebote für die Schüler der oberen Klassen unterbreitet werden. Drei Argumentationsreihen werden angeboten. Das Konzept ist so gewählt, dass die Interessen der jungen Leute in ganzer Breite bedient, darüber hinaus aber gezielt genutzt werden, um die Werte der Demokratie heraus zu arbeiten und gegen demagogische Floskeln zu setzen – eine Art Trainee-Programm, durchaus den Vorbildern aus der Industrie ähnlich.

Bei den Projektschultagen helfen moderne Kommunikationsformen ebenso wie Vorträge oder Interviews mit Leuten, die es wissen müssen: Gewerkschafter, Politiker aus dem Land aber auch vom Bund.

Wer sich ernst genommen und angenommen fühlt – und darauf zielt das gesamte Programm – ist schwerer verführbar.

Das Projekt steht zur Mitarbeit landesweit offen.
Weitere Informationen über Aktion Jugendschutz Sachsen e.V.:
Albert-Köhler-Straße 91
09122 Chemnitz

***NEUJAHRSEMPFANG** des Bundespräsidenten Johannes Rau Mitte Januar im Berliner Schloss Bellevue. Zu den Gästen zählen immer auch in Deutschland lebende Ausländer, die sich in Betrieben und Initiativen engagieren. Bei der Gelegenheit kann bei politisch Verantwortlichen schon einmal nach gefragt werden. Dass Walter Riester nach den alle betreffenden Rentenplänen gefragt wurde, dürfte den Minister nicht verwundert haben. Eine andere Frage zielte auf die Ausbildungschancen junger Ausländer. Das Thema wird demnächst im Bündnis für Arbeit diskutiert. Einen anderen Schritt – auch wenn der nicht nur Junge betrifft – ist das Arbeitsministerium bereits gegangen. Die Mittel für Sprachkurse für Ausländer wurden um über 30 Prozent auf 27 Millionen Mark jährlich angehoben. Auch die Ausländerbeauftragte Marieluise Beck wurde befragt, etwa zum Thema Antidiskriminierung oder dem Arbeitsverbot für Flüchtlinge. Die über den DGB organisierte Gruppe ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger (in Klammern ihr Herkunftsland) bestand in diesem Jahr aus: Ayse Abaza (Türkei), Ayivi-Germain Andanlété (Togo), Salvatore Bellusci (Italien) Salvatore Bertolini (Italien), Manuel Campos (Portugal), Nail Ertas (Türkei), Dr. Eltayeb-Khalifa Mohamed (Sudan), Mahshid Najafi (Iran) und Leo Monz vom DGB.*

Foto: M. von Lingen

DGB-TAGUNG

Demokratie und Toleranz

Vom 23. bis 25. März findet in Magdeburg die Tagung „Demokratie und Toleranz in Gesellschaft und Arbeitswelt" statt.

Ob in Springerstiefeln oder mit jungenhaftem Lächeln – Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus gefährden zunehmend die demokratische Gesellschaft in Deutschland und Europa. Sie finden sich in allen Bereichen der Gesellschaft und sind vielerorts zum Bestandteil der Alltagskultur geworden. Auch in der Arbeitswelt ist Fremdenfeindlichkeit nicht länger ein Fremdwort.

Das Ziel der Tagung ist es, so der Veranstalter, das Referat Migration beim DGB-Bundesvorstand, „gesellschaftliche und betriebliche Strategien gegen Fremdenfeindlichkeit, für Toleranz und Gleichbehandlung in Gesellschaft und Arbeitswelt zu fördern."

Informationen beim:
Referat Migration,
Volker Roßocha
Tel. 0211 / 43 01 - 342,
oder Evelyn Menzen
Tel. 0211 / 43 01 - 168
oder per Fax 0211 / 43 01 - 134

Postvertriebsstück A 50848 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

JAHRBUCH FLUCHT

Vergessene Flüchtlinge

Ende Januar ist das Jahrbuch 1999/2000 der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe veröffentlicht worden. Den Schwerpunkt bilden die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen, die Flucht vor Krieg und Verfolgung und den Verlust der Heimat schwerer ertragen als Jüngere. In den Programmen für Flüchtlinge und in der Flüchtlingspolitik werden sie aber zu wenig berücksichtigt. In den Beiträgen des Jahrbuchs werden die Probleme dieser Menschen untersucht und Vorschläge gemacht, wie die Unterstützung und Einbeziehung älterer Menschen in die Arbeit der Hilfsorganisationen sinnvoll geleistet werden kann.

Klaus-Henning Rosen (Hrsg.):Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe 1999/2000: **Flucht – Ältere Menschen – Vergessene Flüchtlinge.** Bad Honnef (2000): Ost West Verlag (ISBN 3-931332-15-2) 112 Seiten, 19,80 DM.

TÜRKEI-JAHRBUCH

Nachbarschaften

Zum Jahreswechsel ist das Türkei-Jahrbuch 1999/ 2000 erschienen. Herausgegeben wurde es vom Zentrum für Türkeistudien an der Universität/ Gesamthochschule Essen.

Das Buch teilt sich in drei große Abschnitte. Im ersten Teil geht es um die Politik der Türkei, was von den Beziehungen zur EU bis zu den Perspektiven einer Lösung des Kurdenkonflikts reicht. Der zweite Teil steht unter dem Stichwort Migration und ihre Folgen. Diskutiert werden Fragen der Integration und des Lebens der türkischen Migranten. Andere Themen sind die Debatte um den Islamunterricht an deutschen Schulen und die Situation älterer Migranten.

Der dritte Teil des Jahrbuchs stellt Forschungsprojekte des Zentrums für Türkeistudien vor. Die Vielfalt reicht von einem Modellprojekt zum interkulturellen Konfliktmanagement bis zu einer 1998 durchgeführten empirischen Erhebung über das Wahlverhalten eingebürgerter Türken (weit vorne lag die SPD).

Türkei-Jahrbuch 1999/ 2000 Herausgegeben vom Zentrum für Türkeistudien. Münster 1999: LIT-Verlag. 394 Seiten, 39,80 DM.

Kommentar

IMIGRATION IN DIE USA

Von Prof. Dr. Philip Martin Universität Davis, Kalifornien/USA.

An einem normalen Tag kommen ca. 70.000 Ausländer in den Vereinigten Staaten an. Die meisten werden an den Flughäfen und Grenzen begrüßt. Über 60.000 kommen als Touristen, Geschäftsleute, Studenten und Gastarbeiter. Weitere 2.500 sind Immigranten und Flüchtlinge, Menschen, die die USA eingeladen haben, hier zu leben. Jeden Tag reisen auch 4.000 bis 7.000 Menschen illegal in die USA ein. Von ihnen werden im Durchschnitt 3.500, die meisten an der mexikanischen Grenze, aufgegriffen. Mindestens ebenso viele entwischen den Grenzpatrouillen und kommen ins Land. Etwa 1.000 davon beginnen ein neues Leben in den USA – jeden Tag.

Darauf, dass jeden Tag Menschen in der Größenordnung einer Kleinstadt in die USA einwandern, gibt es zwei Reaktionen. Einerseits feiern die Amerikaner ihre Geschichte als Einwanderungsland. Ihre Vorfahren kamen in die Vereinigten Staaten um Freiheit und ein Auskommen zu finden. Andererseits wollen die meisten Amerikaner eine geringere Immigration. Meinungsumfragen ergeben immer wieder, dass 60 bis 80 Prozent der Amerikaner so denken.

Die USA nehmen im Schnitt jedes Jahr 900.000 legale und 300.000 illegale Einwanderer auf, wegen der eigenen Einwanderungsgeschichte und weil die amerikanische Wirtschaft Einwanderer will. Sie geht davon aus, dass das Wachstum anhält, und so die Häuser und Geschäfte, die auf Verdacht bzw. zur Spekulation um Städte herum aufgebaut wurden, von Eigentümern bewohnt und Kunden gefüllt werden. Bill Gates von Microsoft und andere führende Vertreter der Wirtschaft bekunden regelmäßig vor dem Kongreß die Vorteile der Immigration. Und es gibt zahllose Bücher und Artikel über Immigranten, die mit nichts hier her kamen, Arbeitsplätze für Amerikaner schufen und sich selbst ein Vermögen erarbeiteten, darunter auch Andy Grove, ein ungarischer Einwanderer, der den Chip-Hersteller Intel mit begründete.

In Europa sind Stimmen aus der Wirtschaft selten in den Debatten um Migration zu hören. Fürsprecher für Immigranten sagen den deutschen und anderen Europäern oft, sie sollten ihre Türen für Immigranten öffnen, um denen zu helfen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Sie sagen nicht, dass durch Immigranten die Situation der Inländer wie der Einwanderer gleichermaßen verbessert werden kann. Es ist sehr viel einfacher, den Immigranten die Tür zu öffnen, wenn die Einheimischen zu der Überzeugung kommen, dass Einwanderung ihnen und den Einwanderern hilft.

Impressum

FORUM MIGRATION
Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Referat Migration Burgstr. 29-30 10178 Berlin Tel. 030 / 2 40 60-742 **Erscheinungsweise** monatlich **Verantwortlich** für den Inhalt: Leo Monz **Koordination:** Isabel Basterra **Redaktion:** Bernd Mansel, Berlin **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** toennes satz + druck gmbh, Erkrath
Forum Migration wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gefördert.